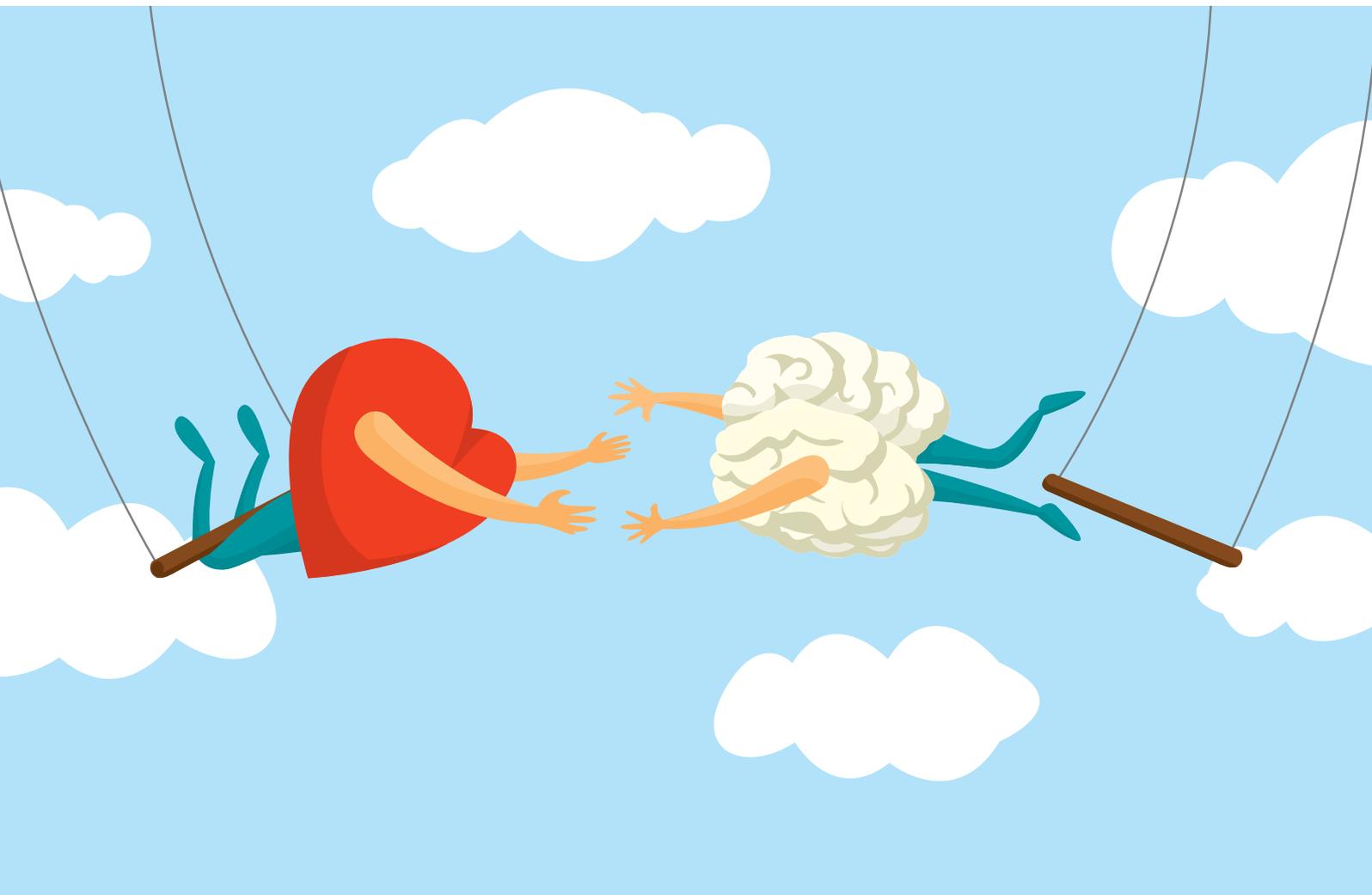


„Wir sind sozial, aber nicht blöd“ - unsere Geschichte

Die Basisinitiative „Sozial, aber nicht blöd“ gibt es bereits seit vielen Jahren. Drei Aktivist*innen erzählen über ihre Entstehung, ihre politischen Ansätze, warum es wichtig ist, gemeinsam aktiv zu werden und wie es auch im Sozial- und Pflegebereich gelingen kann, zu streiken.

Selma **Schacht**, David **Rhemann**, Michael **Gehmacher**



„Sozial, aber nicht blöd“ ist eine kämpferische Basisinitiative, die sich vor allem für bessere Bezahlung, eine echte Arbeitszeitverkürzung ohne Gehaltsverlust und Arbeitsverdichtung, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal und eine viel bessere Ausfinanzierung des Sozialbereichs einsetzt. Kämpferische und kritische Beschäftigte in der „Sozialbranche“ haben sich schon vor längerer Zeit zusammengetan. Verschiedene Basisinitiativen entstanden etwa unter Studierenden der Fachhochschulen, vor allem aber auch unter Arbeitnehmer*innen des Sozialbereichs und der Pflege. So auch die Basisinitiative „Sozial, aber nicht blöd“. Während es um viele andere Initiativen ruhig wurde, besteht „Sozial, aber nicht blöd“ nun schon seit über 10 Jahren.

Einige linke, feministische, kritische und kämpferische Kolleg*innen erkannten ihre politische Stärke in der Branche und entschlossen, hier dauerhaft zusammen zu arbeiten. Mit dem Spruch **„Sozial, aber nicht blöd“**, den sich Kolleg*innen bei einer großen Gewerkschaftsdemo auf ihre T-Shirts schrieben, war auch ein Titel für die Aktivitäten gefunden. „Sozial, aber nicht blöd“ ist derzeit vor allem in Wien aktiv, hatte aber auch schon Gruppen und Veranstaltungen in Linz, Graz oder Innsbruck. Wir beteiligen uns an Demos und Streiks, organisieren offene Treffen, Kundgebungen und Feste und bieten außerdem regelmäßig „Streikworkshops“ an. Wir versuchen unsere Politik möglichst basisnahe, im Austausch mit Arbeitskolleg*innen zu entwickeln. Vor allem rund um Lohn- und Gehaltsverhandlungen melden wir uns mit selbstentwickelten Forderungen, Unterschriftenlisten, Beschlüssen aus Betriebsversammlungen usw. zu Wort. Uns ist Transparenz und die Ablehnung jeder Form der Politik hinter verschlossenen Türen wichtig. Das leben auch jene Aktivist*innen, die Teil von Gewerkschaftsgremien wie z.B. dem Verhandlungsteam bei Kollektivvertragsverhandlungen sind. Daher auch der Einsatz für eine Urabstimmung aller betroffenen Kolleg*innen bei wichtigen Entscheidungen - etwa KV-Abschlüssen. Unterschiedliche Aktivist*innen, zum Teil Mitglieder verschiedener linker Organisationen, arbeiten in „Sozial, aber nicht blöd“ gleichberechtigt zusammen.

Gemeinsames Ziel ist es, alles, was zu den Arbeitsbedingungen gehört, zu verbessern. Auch die Situation der Nutzer*innen unserer Einrichtungen ist uns wichtig. „Verbesserung“ auf Kosten unserer Bewohner*innen, Klient*innen usw. lehnen wir ab.

Sozialbereich und Pflege sind „weibliche“ Branchen, aber es gibt auf vielen Ebenen eine strukturelle Benachteiligung von Frauen. Diese zu beseitigen, ist uns ein besonderes Anliegen. Viele Kolleg*innen verbessern sich

das Einkommen mit Einsparungen und Arbeit zu Randzeiten. Erhöhungen und Verbesserungen in diesem Bereich sind gut, nutzen aber vor allem jenen Kolleg*innen, die zu den entsprechenden Zeiten arbeiten können (Nacht, Wochenende usw.). Frauen können dies in der Tendenz, auf Grund von Betreuungspflichten, viel weniger. Für „Sozial, aber nicht blöd“ liegt daher ein starker Schwerpunkt auf der Erhöhung der Grundgehälter. In den letzten Jahren forderten wir eine Erhöhung der Grundgehälter um einen Fixbetrag von 750 Euro, um einen ersten Schritt gegen die Unterbezahlung des Sozialbereichs und der Pflege zu machen. Die jahrzehntelangen Prozentserhöhungen der Löhne und Gehälter führen aber, auch im Sozialbereich und Pflege, zur einer großen Einkommensschere zwischen den Berufsgruppen. Fixbeträge sind Teil einer solidarischen Lohnpolitik und bremsen diesen Effekt.

Wichtige Arbeitsfelder von „Sozial, aber nicht blöd“ waren und sind die jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen, der Kampf gegen die Verschlechterungen bei der Mindestsicherung 2019 (wo es auch Zusammenarbeit mit dem OBDS gab) und die Unterstützung sowie Organisierung von Widerstand in unterschiedlichen Bereichen der Pflege & Betreuungsarbeit. So unterstützten wir Reinigungskolleg*innen bei der Caritas Wien, die gegen die Verschlechterungen ihrer Löhne und Gehälter durch die Ausgliederung in die „Magdas GmbH“ kämpften oder den Arbeitskampf 2021, der sich gegen die Schließung des Notquartieres „Gudrunstraße“ richtete. Gemeinsam mit anderen Gruppen und Initiativen setzten wir Schritte für gemeinsame, öffentliche Betriebsversammlungen am 8. März. Zwei Aktivist*innen von „Sozial, aber nicht blöd“ gehören derzeit dem großen Verhandlungsteam des SWÖ-KVs an.

»Einige linke, feministische, kritische und kämpferische Kolleg*innen erkannten ihre politische Stärke in der Branche und entschlossen, hier dauerhaft zusammen zu arbeiten.«

CAREARBEIT UND STREIK

Einer unserer Demo-Slogans „Eines sagen wir euch gleich, Streiken geht auch im Sozialbereich!“ wurde und wird seit einigen Jahren vielfach aufgegriffen. Carearbeit im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich bedeutet ja, direkt mit Menschen zu arbeiten. Dass hier nicht eins zu eins Streikabläufe wie in der Stahlindustrie abgepaust werden können, liegt auf der Hand.

In unseren Streik-Workshops geben wir dazu rechtliche Infos und organisatorische Tipps. Vor allem unterscheidet sich die Vorbereitung: Sobald das Wohl und Weh von Kindern, alten, kranken oder behinderten Menschen im Mittelpunkt der Arbeit steht, ist dieses auch von einer Arbeitsniederlegung betroffen. Hier tut ein Umdenken

not: Wir sind es gewohnt, für andere zu kämpfen und für andere einzustehen. Es geht nun darum, das auch für uns selbst zu tun. Wir sind Arbeitende, und wir setzen unsere Arbeitskraft als Kampfmittel ein, auch wenn dadurch die Belastung teilweise auf Klientinnen, Angehörige, Nutzer*innen... abgewälzt wird. Die Schuldigen dafür sind aber nicht die Beschäftigten, sondern die Verantwortlichen in Geschäftsführungen und Politetagen.

Auch wenn rein rechtlich die Chefetage für die Folgen eines Streiks (genauso wie für die Folgen eines Ausfalls wegen Krankenstand) zuständig wäre, machen sich vor allem die Betriebsrät*innen und Streikkomitees hier Gedanken, wie einerseits ein Streik maximale Wirkung entfalten kann, jedoch mit minimierten negativen Folgen für die anvertrauten Menschen. Das bedeutet, dass viel Zeit in die Vorbereitung und das Durchdenken von Abläufen, viel Ressourcen in die Information und auch die kreative Umsetzung von Maßnahmen fließen muss. Dabei geht es auch um eine Machtverschiebung, hin zu den Einrichtungen und betroffenen Kolleg*innen. Ob und in welcher Form eine Art von „Notdienstes“ während eines Streiks nötig ist, und wie dieser Notdienst aussieht, muss von den Kolleg*innen vor Ort entschieden und darf nicht vom Arbeitgeber bestimmt werden. Dazu kommt die Möglichkeit, die Einrichtung auch während des Notdienstes mit Plakaten usw. auch nach außen hin zu schmücken.

Die Arbeit mit Menschen und die entsprechende Streikvorbereitung haben auch einen Vorteil: Wir haben sozusagen „natürliche“ Bündnispartner*innen, die für ein gemeinsames, breites Wirken eingebunden werden können. Eltern, Angehörige, Klient*innen selbst: Vielfach profitieren auch sie von der Durchsetzung der Forderungen der Beschäftigten nach mehr Ressourcen, denn gute Arbeit braucht gute Bedingungen!

Und oftmals geht es auch nicht vorrangig um mehr Lohn. Gekämpft wird um mehr Freizeit, um das Eindämmen des permanent ansteigenden Arbeitsdrucks, um mehr Personal, um Wertschätzung und Anerkennung durch qualitätsvolle und gesunde Arbeitsbedingungen. Klatschen reicht nun mal nicht!

PRAXISBEISPIEL: STREIK IM BEHINDERTENBEREICH?

Viele Jahre herrschte bei vielen im Behindertenbereich die Haltung vor, dass ein Streik nicht möglich sei. Einige engagierten Betriebsrät*innen und Behindertenbetreuer*innen zeigten jedoch neue Perspektiven auf und setzten somit ein Umdenken in Bewegung. Im Rahmen der SWÖ-KV Verhandlungen 2018 bewiesen die Kolleg*innen, dass sehr wohl auch im Behindertenbereich ein Streik in die Praxis umgesetzt werden kann.

Konkret wurden am Vormittag Tagesstrukturen (TSn)

bestreikt, die in dieser Zeit üblicherweise die Betreuung der Klient*innen abdecken. Somit mussten jene weiter in den Wohngemeinschaften (WGs) oder von ihren Angehörigen betreut werden. Natürlich bedeutete dies eine Verschiebung der Betreuung und teilweise Mehrarbeit für andere. Jedoch entstand dadurch ein Druck auf den Arbeitgeber, da ihm einerseits Zahlungen des FSW (Tagsätze) entgingen und er andererseits Plus-, Mehr- und Überstunden in den WGs abgelten musste.

Sämtliche Ängste, z.B. dass die Klient*innen darunter leiden, oder der Unmut der Angehörigen groß sein würde, erfüllten sich nicht. Im Gegenteil! Insbesondere von den Angehörigen, aber auch von Klient*innen, die sich äußern konnten, kam große Solidarität.

Auch ein umgekehrtes Szenario ist denkbar: WGs streiken am Nachmittag und somit müssten die Klient*innen in dieser Zeit weiter in den TSn betreut werden.

Der Streik signalisierte den Arbeitgebern die Kampfbereitschaft und vor allem einen starken Zusammenhalt innerhalb der Belegschaften. Insofern war der Streik, allein durch die erstmalige Umsetzung, für alle Beschäftigten ein Erfolg.

David Rhemann

ist Betriebsratsvorsitzender des Verein GIN (Gemeinwesen Inklusion Normalisierung), Mitglied der „Vernetzung“ (... der Betriebsräte in Organisationen im Wiener Behindertenbereich) und Gewerkschaftsaktivist.



Michael Gehmacher

ist Betriebsratsvorsitzender beim Arbeiter-Samariterbund Wien- Wohnen und soziale Dienste –ASB-WSD. Aktivist der Internationalen Sozialistischen Alternative (ISA) und Mitbegründer von „Wir sind sozial, aber nicht blöd“



DSA Selma Schacht

ist Betriebsratsvorsitzende der „Bildung im Mittelpunkt (BiM) GmbH“, Gewerkschaftsaktivistin, Arbeiterkammerrätin und Mitgründerin der Basisinitiative "Wir sind sozial, aber nicht blöd".

